

# Die Gleichheit

Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen

Mit den Beilagen: Für unsere Mütter und Hausfrauen und Für unsere Kinder

Die Gleichheit erscheint alle vierzehn Tage einmal.  
Preis der Nummer 10 Pfennig, durch die Post vierteljährlich  
ohne Bestellgeld 55 Pfennig; unter Kreuzband 85 Pfennig.  
Jahres-Abonnement 2,60 Mark.

Stuttgart  
25. Juni 1915

Zuschriften an die Redaktion der Gleichheit  
sind zu richten an Frau Klara Jettin (Zunabel), Wilhelmshöhe,  
Post Degerloch bei Stuttgart. Die Expedition befindet sich  
in Stuttgart, Furtbach-Straße 12.

## Inhaltsverzeichnis.

Zwei Grundfragen der sozialen Fürsorge für Kriegervitwen und Kriegervaisen. III. — Ausländische Urteile über die Internationale Sozialistische Frauenkonferenz zu Bern. — Der Internationale Friedenskongress der Frauen in Haag.  
Aus der Bewegung: Von den Organisationen. — Politische Rundschau. — Genossenschaftliche Rundschau. Von H. F. — Notizenteil: Burgfrieden. — Für den Frieden. — Arbeitslosigkeit der weiblichen Erwerbstätigen. — Sozialistische Frauenbewegung im Ausland. — Frauenstimmrecht.

## Zwei Grundfragen der sozialen Fürsorge für Kriegervitwen und Kriegervaisen.

### III.

Die Entfaltung der kapitalistischen Wirtschaftsweise geht Hand in Hand mit einer unaufhaltbaren gründlichen Umwälzung der früheren produktiven Arbeit des Weibes. Der moderne fabrikmäßige Großbetrieb mit seinen märchenhaft wirkenden Kraft- und Werkzeugmaschinen, der weit getriebenen Arbeitsteilung, der durchgreifenden Organisation; der mit ihm aufkommende Großhandel; die ausgedehnten und vervollkommeneten Verkehrsmittel: all das zerstört die Grundlagen der alten wertschaffenden Frauenarbeit im Hause. Die Familie verwandelt sich aus einer naturwirtschaftlichen produktiven Gemeinschaft in eine nur noch zusammen verzehrende moralische und soziale Einheit. Ein Zweig der produktiven Hausarbeit nach dem anderen entgleitet den Händen der Mütter und Töchter; draußen in der Wirtschaft der Gesellschaft sind es Berufsarbeiter und Berufsarbeiterinnen, die alles erzeugen, wessen die Familie bedarf. Sollte man da nicht wähen, daß damit die Zeit angebrochen sei, in der das Weib nun in erster Linie seinen Mutterpflichten leben könne?

Eindringlicher noch als die Zahlen der Statistik über die Berufsarbeit der Frau, auch der kinderreichen Mutter, lehrt ein Blick in das Leben das Irrige einer solchen Annahme. Die Gesetze der kapitalistischen Wirtschaft zwingen mit unerbittlicher Strenge die breiten Frauenmassen, nach wie vor ihren Teil zur produktiven Arbeit der Gesellschaft beizutragen und schaffend ihre Existenzberechtigung im sozialen Sinne zu erweisen. Jedoch sie bewirken gleichzeitig, daß die Frauenarbeit sich den Bedingungen der triumphierenden neuen Produktionsweise anpassen muß. Die Umwälzung zeigt sich aus naheliegenden Gründen zuerst und am auffälligsten in der Industrie.

Wie mit den zwerghaften Arbeitsmitteln und den rückständigen Arbeitsmethoden des alten zünftigen Handwerks, so räumt der Kapitalismus mit den vielseitigen hausgewerblichen Vorrichtungen der Frau auf, die im allgemeinen die Illiputamißten und verkrüppeltesten Formen des Handwerks darstellen. Er duldet nicht die Zersplitterung und Vergeudung der Zeit, der Kraft, der Mittel, wie sie unvermeidlich ist, wenn in Millionen einzelner kleiner hauswirtschaftlicher Produktionsräume die weiblichen Familienmitglieder nach Armütterart tätig sind.

Er fordert die Zusammenfassung der menschlichen und dinglichen Produktivkräfte in großen Betriebswerkstätten, ihr planmäßiges Zusammenwirken in einem Arbeitsprozeß, der die von Wissenschaft und Technik gebändigten Naturgewalten in seinen Dienst nimmt. Die Frau darf nicht länger im Haushalt recht und schlecht als Universalhandwerker des Morgens Seife und des Abends Gespinnst produzieren. Sie muß als Berufsarbeiterin eines bestimmten Gewerbes sich in der Hauptsache auf eine Tätigkeit beschränken, die sich nicht selten in dem ewigen Einerlei einiger weniger Handgriffe an der automatisch waltenden Maschine erschöpft. Es sind nun nicht mehr die Jhrigen, die die Früchte des hausmütterlichen Fleißes unmittelbar genießen. Was die Frau schafft, wird Eigentum ihres Arbeitsherrn, des Unternehmers, und sie empfängt dafür Lohn. Ihre berufliche Tätigkeit ist gleichbedeutend mit Erwerbsarbeit, mit dem Verdienen von barem Gelde.

Der Zustrom der Frauen zum Heer der industriellen Berufsarbeiterschaft — als Massenerscheinung betrachtet — erfolgt bekanntlich unter dem Stachel der Not. Es ist ein schreiender Widerspruch und ist doch Wirklichkeit: die nämlichen wirtschaftstechnischen Fortschritte, die den Ertrag der menschlichen Arbeit verzehnfachen, verhundertfachen, verringern den Preis der Ware Arbeitskraft auf dem Arbeitsmarkt. Der Mann allein erwirbt nicht genug für den Unterhalt der Familie, die Frau muß mitverdienen. Die modernen Arbeitsmittel und Arbeitsverfahren eröffnen die Möglichkeit, daß sie als industrielle Berufsarbeiterin dem Zwang der Not gehorcht. Das kapitalistische Profitbegehren sorgt seinerseits dafür, daß Zwang und Möglichkeit zur berufsmäßigen industriellen Frauenarbeit sich im größten Umfang durchsetzen. Frauenarbeit ist als billige, billige und verbilligende Arbeit besonders profitbringend.

Wir können die Umstände nicht einmal summarisch aufzeigen, die rasch wachsende Scharen von Berufsarbeiterinnen auch im Handel und Verkehrsweisen und namentlich in der Landwirtschaft entstehen lassen. Was darüber zu sagen wäre, berührt sich in vielem mit den vorausgegangenen Ausführungen. Hier ist es in der Regel ebenfalls des Lebens Not, die die Frau auf den Weg der Berufstätigkeit stößt, einen Weg, den wirtschaftstechnische Neuerungen ihr erschließen. Denn bei den betreffenden Bevölkerungsschichten bleibt wie beim Industrie-proletariat im Haushalt noch mehr als genug für die Familienmutter zu tun, der es die schmalen Mittel verwehren, hauswirtschaftliche Obliegenheiten und Kinderpflege bezahlten Hilfskräften zu übertragen. Im einzelnen Falle läßt freilich nicht selten auch innerer Drang die Frau zur Berufstätigkeit greifen, um wirtschaftliche Selbständigkeit und eine zusagende Beschäftigung zu gewinnen.

Aber wir begegnen dem berufstätigen Weibe nicht bloß dort, wo die Arbeit dem materiellen Bedarf der Gesellschaft dient. Zu den hervorstechendsten Zügen der Zeit gehört das Eindringen der Frauen in die sogenannten höheren oder liberalen Berufe. Auch dabei spielt in großen Bevölkerungskreisen die Sorge für den Lebensunterhalt eine entscheidende Rolle. Die Macht des Großkapitals erschüttert die Existenzsicherheit

der Klein- und Mittelbürger und vernichtet mehr und mehr ihre wirtschaftliche Selbstständigkeit. Die bürgerliche Gesellschaft erzeugt zunehmende Massen von Kopfarbeitern, ein zahlreiches geistiges Proletariat; die alte soziale Vorzugsstellung der „gebildeten und studierten Leute“ geht in die Brüche. Seit die frühere produktive Arbeit der Frau nicht mehr ihr gerüttelt Maß zum Wohlstand der Familie beiträgt, drücken deren Unterhaltskosten angesichts der hervorgehobenen Tatsachen schwer auf den Mann. Der Ausblick darauf läßt die Gründung eines eigenen Herdes hinauschieben oder auch ganz unterbleiben. Gerade in den bürgerlichen Schichten gehen die Eheschließungen stark zurück, steigt die Altersgrenze für die Verheiratung. Hier nimmt mit alledem die Zahl der Töchter zu, die lebenslang oder zeitweilig arbeitend ihr eigenes Brot essen müssen; immer mehr werden der Frauen, die sich in die Notwendigkeit versetzt sehen, einen Zuschuß zu dem Einkommen des Mannes zu erwerben.

Neben dem materiellen Muß, oft auch zusammen mit ihm, treibt aber in den bürgerlichen Kreisen auch seelisches Bedürfnis zur Berufsarbeit. Mit dem Schwinden des alten produktiven weiblichen Arbeitsgebiets zerfällt die feste Grundlage einer Betätigung im Hause, bei der die Frau ihre Begabung und Energie auswirken könnte, zerfällt die Grundlage einer selbständigen, würdigen und nützlichen Stellung.

In den verschiedenen bürgerlichen Gesellschaftsschichten begegnen wir daher heute Frauen, die in Seelenpein um einen ernststen, pflichtgemäßen Lebensinhalt ringen und ihn in einer Berufstätigkeit suchen.

Kurz, auf allen Arbeitsgebieten, wo Hand und Hirn sich um die materielle und kulturelle Lebensfürsorge mühen, steht das Weib berufstätig neben dem Mann. Es sind Wesenszüge, Existenzbedingung der kapitalistischen Produktion selbst, die bewirken, daß die Hausfrau der „guten alten Zeit“ zur modernen Berufstätigen wird. Deshalb setzt sich die Umwandlung mit unüberwindlicher Gewalt durch, ohne Respekt vor früheren Einrichtungen und Sagenen, vor ererbten Pflichtenmaßstäben, vor persönlichem Wünschen und einzelnen Notwendigkeiten. Wir müßten die kapitalistische Wirtschaft, das von ihr getragene bürgerliche Regime aus den Angeln heben, wollten wir diese Entwicklung aufhalten, die eine Teilercheinung des gewaltigen weltgeschichtlichen Prozesses ist, der alle gesunden erwachsenen Glieder der Gesellschaft zur Würde produktiv Schaffender erhebt und die Ordnung der befreiten Arbeit und höchster Kulturmöglichkeit für alle vorbereitet. Die Umstände jedoch, unter denen die Frau in der kapitalistischen Gesellschaft als Berufstätige austritt und lebt, drängen eine Frage auf: Verträgt sich die Berufstätigkeit mit der Mutterschaft und ihren Anforderungen, schließt sie sich mit ihr harmonisch zum Ringe zusammen? Denn wie immer sich die gesellschaftlichen Zustände gewandelt haben und wandeln mögen: die Mutterschaft mit ihren Segnungen und Würden bleibt von beherrschender Bedeutung für das Leben des Weibes. Unsere Frage kann daher nur bejaht oder verneint werden, wenn wir zuvor die andere prüfen: Welche Ansprüche stellt die heutige Berufsarbeit an die Frau?

## Ausländische Urteile über die Internationale Sozialistische Frauentagung zu Bern.

Der „Avanti“, das Tageblatt der sozialistischen Partei Italiens, widmete der Konferenz mehrere Artikel. Am 8. April schrieb er unter dem Titel „Auferstehung“:

„In diesen Tagen hat sich ein Ereignis zugetragen, dessen geschichtliche Bedeutung von niemand geleugnet oder durch übelwollende Kommentare verkleinert werden kann. Es hat eine Internationale Konferenz sozialistischer Frauen stattgefunden. ... Zwei Fragen nur sind von ihr behandelt worden. Die Friedensaktion der Sozialistinnen und ihre Verpflichtung, dem Chauvinismus die Ideale des internationalen Sozialismus entgegenzustellen. Die Auffassungen, die die Konferenz zu diesen Fragen vertreten hat, werden den Übermenschen und Sozialistenfressern nicht neuer und origineller erscheinen als die Probleme selbst. Für alle Sozialisten wie aufrichtigen Friedensfreunde liegt aber die Bedeutung der Konferenz schon in der bloßen Tatsache, daß sie stattgefunden hat.“

Wenn die Mütter der Söhne, die einander töten, das Bedürfnis empfinden, zusammenzukommen, um angesichts der ganzen Welt die Einheit ihrer Gefühle und Ziele zu bekunden; wenn sie Aug' in Auge mit den tragischsten und schmerzlichsten Tatsachen den inneren Drang spüren, ihre Solidarität zu bekräftigen: so will das besagen, daß die blutige Wirklichkeit ihr sozialistisches Bewußtsein nicht etwa schwächte, sondern vertiefte, und daß ihr sozialistischer Glaube die schwersten Proben bestanden hat. Es besagt, daß dieser Zusammenkunft, wie bescheiden sie schien, ein größerer Wert innewohnte als allen den interessanten, demagogischen Behauptungen, daß die Völker einander hassen und vernichten müssen.

Was der Zusammenkunft eine soziale Bedeutung verleiht, ist die Tatsache, daß diejenigen, die an ihr teilgenommen haben und sich anschickten, ihre Beschlüsse in die Praxis umzusetzen, eine Klasse vertraten, ein Programm verteidigten, auf bestimmte soziale und politische Kräfte rechneten. Es waren nicht bloß die Frauen, die in ihren heiligsten Gefühlen getroffenen Mütter, die ihre Stimme erhoben, es waren vor allem Sozialistinnen.

Mehr als eine Mutter, die an der Konferenz teilnahm, hat ihre Söhne im Felde, namentlich in der deutschen Delegation. ... Aber über das herzerreichende persönliche Opfer, das der Krieg ihnen auferlegt, ist nie eine Klage über ihre Rippen gekommen. Immer haben sie mit der gleichen Klarheit die Tatsachen und Richtlinien aufgezeigt, die sich für alle Sozialisten ergeben. ... Jedesmal, wenn die englischen Genossinnen das Wort ergriffen, hoben sie in den ehrenvollsten Ausdrücken die Opfer hervor, die die Vertreterinnen anderer Länder wegen ihrer Beteiligung an der Konferenz auf sich nehmen mußten, gedachten sie anerkennend dessen, was die Genossinnen dieser Länder im Kampfe für den Frieden und die Wiederaufnahme der sozialistischen Arbeit geleistet haben und weiter leisten würden. Jedesmal fügten sie hinzu, daß sich daraus für die englischen Sozialistinnen die Pflicht ergebe, noch tätiger und opferbereiter zu sein. Die englischen Delegierten vertraten 300 000 Frauen, dazu noch viele Männer, die in Gewerkschaften, Genossenschaften und politischen Vereinen organisiert sind, sie vertraten unter anderem die ganze Unabhängige Arbeiterpartei. Es ist überaus symptomatisch, daß gerade sie, die auf früheren internationalen Tagungen manchmal in Gegensatz zu den Genossinnen anderer Länder getreten waren, weil ihnen der Klassenkampf, der Sozialismus nicht als das einzige Mittel zur Befreiung der Frau erschien, nun infolge des Krieges im Sozialismus allein das zu erstrebende Ziel erblickten. ...

Die Erklärungen und Reden der französischen Genossin, die im Namen des Aktionskomitees sozialistischer Frauen für den Frieden und gegen den Chauvinismus sprach, wären es wert, als Dokumente starker, klarer Menschlichkeit sozialistischer Überzeugungstreue gesammelt zu werden. Kein

Wort über das strift Notwendige hinaus, kein Appell an die Sentimentalität, dafür aber das Bewußtsein der Verpflichtung, mit Ausbietung der ganzen Kräfte wirken zu müssen, damit der Sozialismus über alle Hindernisse triumphiert. . .

Im allgemeinen kann man von der Konferenz mit mehr Recht als von mancher anderen Tagung sagen: man muß sie erlebt haben, um sich eine ganz zutreffende Vorstellung von ihr zu machen.

Nun, die Tagung ist trotz allem nicht bloß aus den neutralen Ländern zahlreich besetzt worden. Vertreten waren davon: Holland, Norwegen, Schweden, Dänemark, Italien und die Vereinigten Staaten. Vielmehr beteiligten sich auch Vertreterinnen kriegführender Nationen an der Zusammenkunft. Zumal in England hatten viele Friedens- wie Stimmrechtsvereinigungen und andere Frauenorganisationen sich enthusiastisch für den Kongreß erklärt. Von ihren 180 Delegierten erhielten jedoch nur 20 Reisepässe, eine Kleinlichkeit der Behörden, die sich auffallend von dem Maße politischer Freiheit abhebt, die trotz des Krieges in England herrscht und dort auch der Friedenspropaganda uneingeschränkt zuteil wird. Die Sperrung des englisch-holländischen Seeverkehrs für die Dauer einer Woche machte diesen 20 die Reise unmöglich. So konnten bei dem Kongreß aus England nur 4 Delegierte anwesend sein, die schon früher nach Holland gekommen waren. Es fehlte auf dem Kongreß nicht an Teilnehmerinnen aus Belgien, Österreich-Ungarn, Polen, Armenien, Kanada und an einer deutschen Delegation. Leider konnte Frau Perlen nicht darunter sein, obgleich sie sich von Anfang an hervorragend um das Zustandekommen der Tagung verdient gemacht hatte. Auch sie hatte — soviel wir wissen — keinen Paß zur Auslandsreise erhalten. Bedauerlicherweise sind alle bis jetzt erschienenen Berichte über den Kongreß recht unvollständig, und obendrein hat offensichtlich oft genug die häßlichste Absicht die Feder geführt, die Verhandlungen herabzusetzen. Wir müssen uns deshalb mit einem sehr summarischen Überblick begnügen.

In der Eröffnungssitzung betonte Fräulein Dr. Anita Augspurg die Pflicht der Frauen, unter den tobenden Kriegsstürmen das Menschlichkeitsgefühl zu pflegen und den Haß von Nation gegen Nation zu zerstören. Eine englische Delegierte, Fräulein Courtney, griff leidenschaftlich die Presse aller Länder an, die absichtlich Haß zwischen den Völkern säe. Sie erwähnte, daß die englischen Frauen keinen Haß gegen die deutschen Frauen hegten, sondern herzliche Sympathie für sie empfänden. Unter starkem Beifall erklärte Fräulein Misar aus Wien, daß ihr Vaterland nur solche Vorteile erstrebe, die keinem anderen Volke schaden, geschweige denn es vernichten könnten.

In den übrigen Tagessitzungen wurden die Resolutionen beraten, in denen die Grundsätze niedergelegt sind, die einen dauernden Frieden sichern sollen. Sie wurden fast einstimmig angenommen und fordern dieses: Alle internationalen Streitigkeiten sind durch ein Schiedsgericht oder eine Vermittlung beizulegen. Es ist ein Übereinkommen über die internationalen Maßregeln zu treffen, durch die ein sozialer, moralischer und wirtschaftlicher Druck auf ein Land ausgeübt werden kann, das im Streitfall zu den Waffen greift, statt ein Schiedsgericht beziehungsweise eine Vermittlung anzurufen. Die Auslandspolitik der Staaten ist unter eine demokratische Kontrolle zu stellen, das heißt unter eine Volksvertretung, an der Männer und Frauen gleich beteiligt sind, und die von Männern und Frauen unter den gleichen Bedingungen gewählt wird.

## Der Internationale Friedenskongreß der Frauen im Haag.\*

Vom 27. bis 30. April hat im Haag der Internationale Friedenskongreß der Frauen getagt. Die Initiative dazu war namentlich auch von führenden deutschen und englischen Frauenstimmrechtlerinnen ausgegangen, wie wir schon früher vermerkt haben. Allerwärts war der Ruf mit herzlicher Sympathie, ja mit Begeisterung aufgenommen worden.

Der zusammenwirkende Einfluß der Frauen aller Länder muß einer der wichtigen Faktoren werden, die künftige Kriege verhindern. Weil die Frauen diesen Einfluß gewinnen und ausüben können, tragen sie die Mitverantwortung für Kriege, die ausbrechen sollten. Weitere Resolutionen verlangten die Verstaatlichung der Rüstungsindustrien und die Hinzuziehung der Frauen zu den Friedensverhandlungen, die Einführung des Frauenwahlrechts usw.

Bei den Beratungen über die Resolutionen traten keine erheblichen Meinungsunterschiede zutage. Was bürgerliche Tageszeitungen davon zu berichten wußten, gehört ins Reich der Fabel. In der vorgelegten einen Resolution hieß es zum

\* Wegen Raumangel verspätet. Die Redaktion.

Beispiel, alle internationalen Streitigkeiten seien durch ein Schiedsgericht zu schlichten. Dagegen wendete Fräulein Dr. Helene Stöcker aus Deutschland ein, daß auch andere friedliche Lösungen ins Auge gefaßt werden müßten, die Resolution daher verbesserungsbedürftig sei. Flugs hat Ubelwollen diesen belanglosen Unterschied der Ansichten zu einem recht „kriegsgerischen“ Zwischenfall umge—dichtet.

Frau Lawrence-England begründete eindringlich, daß die Rüstungsindustrien verstaatlicht werden müßten.

Zu diesem Thema erklärte Frau Evans aus den Vereinigten Staaten, die Frauen wirkten dort nach Kräften dafür, daß die Schiffe neutraler Staaten keine Waffen und Munition transportieren sollten.

Außer den Tagessitzungen des Kongresses fanden große Abendversammlungen statt, die in erster Linie der Agitation für den Frieden und die Gleichberechtigung der Frauen dienen sollten. So betrachtet, waren sie recht wirkungsvoll. Hier kamen Begeisterung, Temperament und rednerische Vergabung besser zu ihrem Recht als bei den Beratungen, auch war die Aussprache eine freiere, weil die Redezeit über die drei bis fünf Minuten hinausging, die dort den einzelnen Diskussionsrednerinnen zur Verfügung standen. Außerordentlich wirkungsvoll schilderte zum Beispiel Fräulein Rosika Schwimmer-Ungarn das Gräßliche und Wider sinnige des Krieges.

Der Kongreß war ganz überwiegend von bürgerlichen Friedensanhängerinnen und Frauenrechtlerinnen besucht. Das gab ihm sein Gepräge. Es fehlte die Tiefe der Auffassung und die Weite des Ausblicks, die nur der Sozialismus verleiht. Es wurden ungeschichtliche Ansichten über die gesellschaftliche Ordnung unserer Zeit und ihren inneren Zusammenhang mit dem Krieg entwickelt. Besonders häufig war die Überschätzung des Einflusses, den das Frauenwahlrecht allein auf die höhere Entwicklung der Gesellschaftsverhältnisse ausüben werde. Jedoch ist über Krieg und Frieden und die Aufgaben der Frauen unstreitig viel Wertvolles und Anregendes gesagt worden.

Auch einige Sozialistinnen haben an dem Kongreß teilgenommen. So aus Schweden, den Vereinigten Staaten, England und Holland. Wie die Dinge lagen, war es unmöglich gewesen, daß sie sich rechtzeitig über ein Auftreten als geschlossene Gruppe verständigt hätten. Bei der kurzen Redezeit blieb es auch ausgeschlossen, daß sie den bürgerlich-pazifistischen und frauenrechtlerischen Auffassungen entgegen ihre eigene grundsätzliche Überzeugung über die Kriegs- und Friedensfrage eingehend entwickelten und begründen konnten. So war ihre Aufgabe alles in allem auf die Bekundung herzlicher Sympathie für die Friedensarbeit beschränkt. Genossin Ankermit-Amsterdam, die den Verband der sozialdemo-

kratischen Frauenvereine Hollands vertrat, hat das mit ebensoviel Klarheit und Wärme als Laßt ausgesprochen und dabei gleichzeitig unerschrocken das sozialistische Banner entrollt. Sie erklärte, daß die Vertretung des Verbandes nur eine Sympathiekundgebung für den Friedensgedanken bedeute, aber keine Übereinstimmung in der grundsätzlichen Auffassung über Krieg und Frieden. Deshalb würden die Delegierten des Verbandes sich weder an den Diskussionen noch an den Abstimmungen beteiligen. Die sozialistischen Frauen stünden auch in der Friedensfrage auf dem Boden ihrer eigenen geschichtlichen Auffassung und strebten dem Ziel auf anderen Wegen zu, als die bürgerlichen Friedensfreunde und Frauenrechtlerinnen. Genossin Ankermit erläuterte das durch eine kurze Charakterisierung der Internationalen Sozialistischen Frauenkonferenz zu Bern, deren Sympathieresolution für den Haager Kongreß sie übermittelte. Sie zeigte die imperialistische Wurzel des furchtbaren Weltkriegs und dessen unverföhllichen Gegensatz zu den Interessen der breiten arbeitenden Massen. Krieg diesem Kriege müsse die Lösung sein. Klar wies sie auf die geschichtliche Rolle hin, die das jetzige Völkerringen den Frauen als Vorkämpferinnen des Friedens zuweise. Ihre Rede schloß mit der Erklärung, daß es unserer sozialistischen Überzeugung nach nur einen Weg gebe, um den Frieden zu beschleunigen: den Friedenswillen der Massen als politische Macht zum Ausdruck zu bringen; nur ein Mittel, um den dauernden Weltfrieden zu sichern: die Aufrichtung der sozialistischen Ordnung. Die sozialistischen Frauen aller Länder werden es Genossin Ankermit zu Dank wissen, daß sie die Gelegenheit benutzte, der Friedensforderung zu dienen und die gemeinsame große Sache würdig und geschickt zu vertreten.

Nicht in den Beratungen und Beschlüssen, nicht in dem äußeren Um und Auf liegt das Schwergewicht des Kongresses, wohl aber in der Tatsache, daß er stattgefunden hat. In den schmerzdurchwühlten Tagen des Weltkriegs redet sie hoffnungsvoll von den Kräften, die am Werke sind, um den Frieden vorzubereiten, kündigt sie überzeugender die politische Reise der Frauen, als die nationalistischen Kolophonien, in deren Schein die Walfüren des Durchhaltens gegen den Kongreß angestürmt sind. Dieser gehört trotz allem zu den Zeitereignissen, deren Bedeutung unter dem Schlaggetöse nicht voll gewürdigt wird, die aber über die Gegenwart hinaus fruchtbar weiterwirken und neues Leben aus den Ruinen blühen lassen, die der Weltkrieg aufstürmt.

## Aus der Bewegung.

**Von den Organisationen.** Der Mann, der auf dem arbeitenden Volk infolge des Krieges lastet, besonders aber auf den proletarischen Frauen, beginnt allmählich zu weichen. Aus den Frauenmassen selbst bricht das Verlangen immer mehr hervor, sich endlich wieder politisch zu betätigen, Zusammenkünfte und Versammlungen abzuhalten, um selbst über die Ereignisse Klarheit zu gewinnen und Aufklärung und Wissen zu verbreiten. Immer deutlicher empfinden die Frauen, daß es Zeit ist, die in Schmerz und Verzweiflung gesunkenen Arme von neuem zu regen. Sie verlangen nach Einsicht in die vielen Fragen, die ihr Leben berühren und sie bewegen. So fanden Anfang Mai in Nordhausen, Blankenburg i. Harz und Braunschweig Zusammenkünfte organisierter proletarischer Frauen statt. In Nordhausen waren etwa 200 Frauen anwesend, die überwiegend der hart frondenden Schicht der Kautabalarbeiterinnen angehörten. Die Versammlung zeigte, daß die ganze Existenz der Proletarier diese immer wieder auf den Weg der selbständigen Klassenbewußten Betätigung verweist. Frauen des werktätigen Volkes, die erwacht sind, müssen als Sozialistinnen empfinden, müssen nach ihrer Überzeugung handeln wollen. Schöne Reden und Erlasse, die sie von ihrem Pfad abbringen wollen, bleiben auf die Dauer wirkungslos, wenn der soziale Untergrund des proletarischen Lebens unverändert weiter besteht. So empfinden die proletarischen Frauen mit sicherem Gefühl, welche Frage gegenwärtig im Mittelpunkt ihres Interesses zu stehen hat. Nach dem Vortrag wurde aus der Versammlung heraus eine Resolution

eingebracht, die die sozialdemokratische Partei auffordert, für den Frieden im Geiste und Sinne der proletarischen Bewegung eine intensive Agitation zu entfalten. Von großem Interesse war ein erstatteter Bericht. Er meldet dieses: In Nordhausen erhielten Kriegerfrauen ein Zirkular, in dem ihnen Unwirtschaftlichkeit, Wohlleben, lieberlicher Lebenswandel und anderes vorgeworfen und gedroht wurde, ihnen die Unterstützung zu entziehen, wenn solche Nachrede als wahr erwiesen werde. Die Frauen waren über die Zuschrift empört und veranlaßten einen Genossen, mit dem Bürgermeister darüber Rücksprache zu nehmen. Der Bürgermeister verweigerte jede Unterredung in der Sache. So entschlossen sich die Frauen, selbst ihre Beschwerden vorzutragen. Sie brachten es fertig, gehört zu werden. Nach ihrem Besuch beim Bürgermeister wurde das Zirkular nicht mehr verbreitet. In Blankenburg und Braunshweig waren nur die Vertrauenspersonen der Genossinnen zusammengekommen, um sich zu beraten, in welcher Weise die Arbeit in der Organisation wieder aufzunehmen sei. In Braunshweig brachten die Genossinnen nach dem Referat zum Ausdruck, daß sie sich durch die jetzigen Schwierigkeiten unserer Verarbeitung nicht abschrecken lassen werden, sondern frisch ans Werk gehen wollen. Alles müsse versucht werden, um breitere Schichten der proletarischen Frauen für unsere Sache zu interessieren. Unsere Ziele würden auch in dieser schweren Zeit begeistern und zu den richtigen Schlußfolgerungen führen. An Eifer und Ausdauer wollen es die Genossinnen nicht fehlen lassen. b. th.

### Politische Rundschau.

Die vierte Kriegstagung des Reichstags brachte als wichtigstes Moment eine Erörterung der Kriegsziele. Sie hielt sich zwar in einem ganz allgemeinen Rahmen, hat aber trotzdem zur Klärung der Begriffe nicht unwesentlich beigetragen. Die Erörterung der Kriegsziele ist zurzeit der deutschen Presse verboten, das Warten der Präventivzensur macht noch darüber hinaus jede kritische Stellungnahme zu den Reichstagsdebatten unmöglich. Wir müssen uns der höheren Macht dieses Burgfriedens beugen und beschränken uns auf eine bloß referierende und erläuternde Wiedergabe der wichtigsten Punkte in der Debatte.

Im Mittelpunkt der Reden vom 20. Mai stehen die Worte des Reichskanzlers vom Tage vorher: „Wir müssen ausharren, bis wir alle möglichen realen Garantien und Sicherheiten dafür geschaffen und erkämpft haben, daß keiner unserer Feinde, nicht vereinzelt, nicht vereint, wieder einen Waffengang wagen wird. Je wilder uns der Sturm umtobt, desto fester müssen wir unser Haus bauen.“ Eine Menge Fragen türmen diese Worte vor uns auf. Was versteht der Herr Reichskanzler unter „realen Garantien“? Was verstehen die Parteien darunter? Soll das Wort vom festeren Bau unseres Hauses soviel bedeuten wie die gesteigerte Ausgestaltung unseres Militärsystems? Oder ist die innere Stärkung der Volkskraft darunter zu verstehen durch Gewährung politischer und wirtschaftlicher Rechte an die arbeitenden Massen? Und schließlich: Was ist die realste Friedensgarantie? Eine gepanzerte Faust oder ein auf wirtschaftlicher und kultureller Basis fest gegründetes Vertrauensverhältnis zwischen den führenden Nationen?

In der Debatte untertürlich Genosse Ebert die nationale Haltung der offiziellen deutschen Sozialdemokratie.

Trotz der durch Italiens Vorgehen verschärften Situation hielt Genosse Ebert es für seine Pflicht, der wachsenden Friedenssehnsucht weiter Volkskreise Ausdruck zu geben. „Wir wollen einen Frieden ohne Vergeßlichkeit eines anderen Volkes, einen Frieden, der ein dauerndes Zusammenwirken aller Kulturböller ermöglicht.“

Zum Schluß forderte Genosse Ebert unter Hinweis auf die kriegerischen Leistungen und Opfer der Volksmassen auch die bürgerliche Gleichberechtigung für alle auf allen Gebieten und gleiche Entwicklungsmöglichkeiten für jeden. Gleichzeitig sprach sich aber die Fraktion auch „rückhaltlos“ für die Politik des 4. August aus und sagte damit der Regierung ihre moralische und politische Unterstützung zur Weiterführung des Krieges zu, und zwar ohne irgendwelche Gegenbürgschaften zu verlangen. Der konservative Graf Westarp hatte also vielleicht doch nicht ganz unrecht, wenn er meinte, es sei nicht klar ersichtlich, warum der sozialdemo-

kratische Standpunkt gerade heute ausgesprochen werden mußte. Es liegt nämlich ein gewisser Widerspruch darin, wenn man in demselben Atemzug der Regierung ein „rückhaltloses“ Vertrauensvotum ausstellt und ihr den Vorwurf macht, sie versage einem großen Teil des Volkes die Gleichberechtigung. Auch ist der Begriff politischer und wirtschaftlicher Selbstbehauptung äußerst dehnbar, und es ist nicht einzusehen, weshalb nicht, sagen wir eine „Korrektur“ der deutschen Grenzen erlaubt sein sollte, das Recht nationaler Selbstbehauptung mit kriegerischen Mitteln einmal zugegeben.

In diesem Sinne wollten denn auch die Konservativen und Nationalliberalen das Wort des Reichskanzlers von den realen Garantien verstanden wissen. Als der nationalliberale Abgeordnete Schiffer von der „tiefsittlichen Pflicht“ sprach, unter gewissen Umständen auf Grenzerweiterungen zu dringen, machte Genosse Liebknecht den Zwischenruf: „Kapitalinteressen!“ Darauf großer Lärm, Pfuirufe, Ausdrücke wie: „Schämen Sie sich!“ „Gemeinheit!“ durchschwirrten die Luft. Der Präsident erteilte dem Genossen Liebknecht einen Ordnungsruf.

Genosse Scheidemann antwortete nun auf die Äußerungen Westarps und Schiffers. Abgesehen von der Entschlossenheit des ganzen Volkes zur Verteidigung, so führte er aus, bestehe der beste Wall zum Schutze eines Landes darin, daß man die Nachbarn nicht vergewaltige.

Wie zu erwarten war, hat die parlamentarische Kriegszieldebatte in der Presse einen Widerhall gefunden, der zwar durch den Burgfrieden abgeschwächt wurde, aber deshalb nicht weniger deutlich ist. Die freisinnige „Vossische Zeitung“ spricht von einem Umlernen des Reichskanzlers und begrüßt die Worte von den realen Garantien und vom Festerbauen unseres Hauses. Offen sagt das Blatt: Nicht mit Liebe für uns, sondern mit der Furcht vor uns werden wir uns in den nächsten Jahren durchsetzen müssen. Das ist unmißverständlich. Ähnlich urteilt fast die gesamte Berliner Presse. Die „Post“, das Organ des freikonservativen Freiherrn v. Zedlitz, macht offen den Versuch, den Reichskanzler für ihre Anschauungen der sozialdemokratischen Fraktion meinen. Der „Vorwärts“ schreibt hierzu: „Der Kanzler hat diese Wirkung seiner Worte voraussehen müssen. Wollte er sie vermeiden, so hätte er eindeutiger, weniger mißverständliche Erklärungen im Sinne der Thronrede geben sollen.“

Im Anschluß an die Kriegszieldebatte wendete sich Genosse Scheidemann gegen „eine der unerfreulichsten Begleiterscheinungen dieses Krieges“, gegen die Zensur. Das, was als eine Folge der geradezu unbefchränkten Machtbefugnisse anzusehen sei, die den kommandierenden Generälen eingeräumt wurde, gehe in vielen Fällen tatsächlich über die Gutshum. Der Reichstag müsse dafür sorgen, daß in Berlin eine zuständige Stelle über den kommandierenden Generälen geschaffen werde. Aber wie? Genosse Scheidemann fand einigen Trost in dem frommen Wunsch, die Zivilbehörden möchten sich an den Kaiser wenden, damit dieser den kommandierenden Generälen sage, sie sollten sich nicht gar zu viele böse Geschichten von ihren Beratern einbroden lassen.

Von den übrigen in der Reichstagsfraktion behandelten Materien fordern die Debatten über die Militärhinterbliebenenversorgung und die Volksernährungsfrage die besondere Aufmerksamkeit der Frauen. Ein schwieriger Punkt im Militärhinterbliebenen-Gesetz ist zum Beispiel die Behandlung der unehelichen Kinder. Sehr schwer ist ferner die Regelung des Anspruchsrechtes der Eltern des Gefallenen. Sollen nur die Eltern Anspruch auf Versorgung haben, die schon von ihrem Sohn versorgt wurden, oder auch Eltern, die bald auf die Versorgung durch ihren Sohn rechnen konnten? Und wie steht es mit den Eltern, deren Gesundheit durch den Krieg zerrüttet wurde? Der Schatzsekretär hat erklärt, daß schon jetzt, bis zum Erlaß des Gesetzes, Zuschüssen mit Rücksicht auf das frühere Arbeitseinkommen des Gefallenen gewährt werden. Mit Recht gab Genosse Hoch der Befürd-

tung Ausdruck, daß solche Zuschußrenten nur bestgestellten Kreisen zuteil würden, nicht aber auch Arbeitern, kleinen Bauern und kleinen Geschäftsleuten. In diesen Fällen würde man einfach sagen, die Frauen können arbeiten. Ein solcher Unterschied dürfe unter keinen Umständen gemacht werden, denn je trauriger die Erwerbshverhältnisse einer Familie sind, desto schwerer trifft sie jede Einbuße an Einkommen. Die Abstufung der Rente für Personen, die nicht ganz arbeitsunfähig oder nur teilweise arbeitsunfähig sind, wird besonders Schwierigkeiten bereiten. Man dürfe die Rente nicht etwa deshalb kürzen, weil die betreffenden Personen etwas mehr verdienen, sondern im Gegenteil, man sollte ihnen die Rente auch dann lassen, wenn ihr Verdienst etwas höher ist, denn das bedeutet einen Ansporn, sich mehr um Arbeit zu bemühen. Vor allem ist dafür zu sorgen, daß die weitesten Kreise genügend darüber unterrichtet werden, welche Ansprüche sie stellen können. Die Polizeibehörden sollten gefallen sein, die bei ihnen einlaufenden Anträge an die zuständigen Stellen weiterzugeben. Der Verletzte muß im Laufe des Verfahrens Gelegenheit haben, ein Gutachten von dem Arzte einholen zu lassen, zu dem er Vertrauen hat. Der Reichsschatzsekretär sagte eine großzügige Behandlung der Fragen zu. So bald als möglich soll eine Vorlage an den Reichstag gelangen. Inwiefern das Versprechen eingelöst wird, bleibt abzuwarten.

Zur Nahrungsmittelfrage sprach Genosse Wurm. Die vorhandenen Nahrungsmittel reichen nach ihm vollkommen aus. Um so unerträglicher ist der Nahrungsmittelwucher, der die Lebenshaltung riesig verteuert. Trotz seiner wahrhaft diktatorischen Vollmachten hat der Bundesrat viel zu spät und planlos zur Regelung der Nahrungsversorgung eingegriffen. Der Reichstag war ausgeglichen, die Presse stand unter Zensur, Versammlungen gegen die Lebensmittelteuerung wurden verboten, aber gegen den Lebensmittelwucher schritt die Regierung nicht ein. Teilweise habe man sich auf den Boden gestellt, hohe Höchstpreise seien nötig, um das Volk — zum Sparen zu erziehen. Von anderer Seite wird gemahnt: Eßt weniger! Dabei haben nur 5 Prozent unserer Bevölkerung ein Einkommen über 2000 Mark. Die Mahnung, zu sparen, weniger zu essen ist deshalb so ungeheuerlich, weil von den 95 Prozent mit einem Einkommen unter 2000 Mark viele bereits vorher schon unterernährt sind. Die Landwirte, die ihre Kartoffeln zurückhielten und auf immer höhere Höchstpreise warteten, waren ahnungslos. Es kamen höhere Höchstpreise, aber die Landwirte warteten auf noch höhere. Als Anreiz zum Verkauf gab man ihnen nun die steigenden Zuschläge, auf deutsch Liebesgaben. Inzwischen sind soundso viel Kartoffeln verborgen. Alles das die Folge davon, daß der Bundesrat unter allerhand Begründungen der Beschlagnahme der Kartoffeln aus dem Wege gehen wollte. Bei dem Getreide kamen die Anordnungen zu spät. Produzenten, Zwischenhändler und Müller hatten bereits die Preise auf eine unerhörte Höhe hinaufgetrieben. Die gesetzlichen Höchstpreise richteten sich nach den künstlich hinaufgetriebenen Spekulantpreisen. Kein Bunder, daß nur Großmühlen 12 bis 18 Prozent Dividende bezahlen. Und wie wirkte die Verfügung, daß die Gemeinden Dauerware kaufen müssen? Die Händler schmunzelten, die Produzenten schmunzelten, die Preise stiegen ungeheuer. Und warum sinken die Preise jetzt nicht? Die Landwirte finden es gewinnbringender, die Kartoffeln nicht auf den Markt zu bringen, sondern kleine Schweine aufzufüttern. Nur sofortige Höchstpreise auch für Fleisch können hier Einhalt gebieten. Um wenigstens für die Zukunft zu retten, was zu retten ist, hatte die sozialdemokratische Fraktion beantragt, der Reichstag möge die verbündeten Regierungen ersuchen, die Höchstpreise für Getreide, Mehl, Brot und Kartoffeln erheblich herabzusetzen und für Hülsenfrüchte, Vieh, Fleisch und Schmalz sofort niedrige Höchstpreise festzusetzen. Ebenso solle die Verfütterung von Brotgetreide, die Herstellung von Alkohol aus Getreide, Kartoffeln, Obst und Beeren verboten werden. Notwendig sei es auch, der schwerarbeitenden Bevölkerung mehr Brot zur Verfügung zu stellen. Die Beschlagnahme der neuen Ernte sei um so notwendiger, als schon jetzt ein wildes Spekulantentum sich bemerkbar mache, das die Ernte im voraus aufzukaufen drohe. Hier könne nur eine unabhängige, aus Vertretern des Volkes gebildete Reichsbehörde einschreiten, die das Recht erhalte, alle nötigen Lebensmittel zu beschlagnehmen. „Schützen Sie die Frauen und Kinder derer, die draußen ihr Leben opfern, vor dem Hunger, schützen Sie das Volk gegen die Betrüger, die ihm am Lebensmark saugen,“ so schloß Genosse Wurm seine Ausführungen. Und der Erfolg? Der Herr Staatssekretär meinte, im allgemeinen werde die Regierung vor der Geschichte bestehen können. Die sozialdemokratischen Anträge wurden von der bürgerlichen Mehrheit glatt abgelehnt.

## Genossenschaftliche Rundschau.

In den Blättern für Genossenschaftswesen wurde kürzlich interessantes Zahlenmaterial veröffentlicht, in dem auch der Einfluß des Krieges zu erkennen ist. Die verschiedenen Arten von Genossenschaften werden in 20 Gruppen geteilt. Insgesamt bestanden demnach am 1. April 1915 in Deutschland 86 108 Genossenschaften gegen 85 026 am 1. Januar 1914, also 1082 mehr. Am 1. August 1914, bei Ausbruch des Krieges, bestanden 85 988; der Hauptteil des Zuwachses entfällt also in die Zeit vor dem Kriege. An erster Stelle im deutschen Genossenschaftswesen stehen bekanntlich die Kreditvereine, kleinbürgerliche Genossenschaften, die in der Hauptsache im Interesse des kleingewerblichen Mittelstandes, der kleinen Landwirte usw. arbeiten. Ihre Zahl hat sich in der Zeit, die hier in Betracht kommt, von 19 300 auf 19 715 (um 415) erhöht. An zweiter Stelle stehen mit 4011 die landwirtschaftlichen Produktivgenossenschaften; sie vermehrten sich vom 1. Januar 1914 bis 1. April 1915 — auf diesen Zeitraum beziehen sich alle hier erwähnten Vergleichszahlen — um 53. Dann folgen 2596 landwirtschaftliche Rohstoffgenossenschaften (mehr 135!); an diese reißen sich die Konsumvereine, deren Zahl sich von 2417 auf 2411 verminderte. Der Grund dieses scheinbaren Rückgangs ist wiederholt an dieser Stelle erklärt worden. Er liegt darin, daß immer mehr kleine Konsumvereine zu größeren sich vereinigen und Neugründungen für kleine Bezirke — wie es früher häufig war — vermieden werden. So kommt es, daß trotz Stillstand oder gar Rückgang der Zahl der Vereine die Zahl ihrer Mitglieder stark wächst. Von den übrigen Genossenschaftsarten gehen nur noch zwei über 1000 hinaus: die landwirtschaftlichen Wertgenossenschaften mit 1925 und die Baugenossenschaften mit 1401 (außerdem 148 Vereinshäuser mit genossenschaftlicher Form). Während der Kriegszeit Juli 1914 bis Ende März 1915 wurden 283 Genossenschaften neu gegründet, während 128 sich auflösten und 39 dem Konkurs verfielen. Die Konsumvereine sind mit 3 Neugründungen, 8 Auflösungen und 2 Konkursen an diesen Zahlen beteiligt. Die Geschichte des einen der zwei bankrotten Vereine ist ebenso kurz wie lehrreich. Der Fall spielte im Dresdener Bezirk. Als vor etwa zwei Jahren der Konsumverein Niederseebitz bei Dresden sich mit dem großen „Vorwärts“ verschmolz, machten eine Anzahl Eigenbrötler nicht mit. Darunter befanden sich eine Anzahl kleiner Staats- und anderer Beamter, die sich vor der Dresdener „sozialdemokratischen“ Verwaltung fürchteten. Einzelne Personen suchten diese Situation auszunutzen, um für sich im trüben zu fischen. Kurz und gut, man gründete einen neuen Verein, der die unzufriedenen, furchtsamen oder vom Standesdünkel besessenen Leute, sammelte und dem „Vorwärts“ in diesem Bezirk die Konkurrenz bieten sollte. Man hat es wohl auch auf ein paar hundert Mitglieder gebracht. Die Arbeiter wurden in der Arbeiterpresse vor diesem leichtsinnigen Unternehmen gewarnt, denn die Anfänge der Verwaltung und Geschäftsführung waren nichts weniger als vertrauenerweckend. Bald kam denn auch der Krach, das Konkurrenzvereinen machte Konkurs, und die Mitglieder, die ihn angehörten, haben nun mit ihrer Kasse die Beche zu bezahlen. Der Vorgang kann zur Warnung dienen. — Im allgemeinen ist ein wesentlicher Rückgang der Konkurrenz während der Kriegszeit zu verzeichnen. Das beruht zum Teil darauf, daß durch eine Anzahl Kriegsgesetze die Verhältnisse zwischen Gläubiger und Schuldner anders geregelt und dadurch Zusammenbrüche leichter vermeidbar geworden sind. Andererseits haben viele Genossenschaften sich den Kriegsverhältnissen und Bedürfnissen anzupassen versucht. Bekannt ist auch, daß eine ganze Anzahl von Genossenschaften neu nur zu dem Zweck entstanden sind — zum großen Teil unter dem Einfluß und direkter Mitwirkung der Regierung —, Kriegszwecke in der Produktion und der Güterverteilung zu erfüllen. Diese Genossenschaften werden meist alle nach dem Kriege wieder verschwinden, aber der genossenschaftliche Gedanke hat während dieser Zeit sicher große Fortschritte gemacht und sich in der Praxis gut bewährt. Die Wirkung dieser Erfahrungen wird sich auch nach dem Kriege noch bemerkbar machen, die Vorteile genossenschaftlicher Organisation liegen allzu klar auf der Hand.

Auffällig gelitten haben, wie es scheint, die gewerblichen Produktivgenossenschaften, deren es am 1. April 1915 539 gab, nur 2 mehr als am 1. Januar 1914. 47 Neugründungen stehen 45 Auflösungen gegenüber. Die Blätter für Genossenschaftswesen stellen fest, daß sich hier seit Jahren eine rückläufige Bewegung bemerkbar macht. — Baugenossenschaften wurden während der Kriegszeit nur 9 neu gegründet. Daß sie in ihrer Tätigkeit durch die Kriegsverhältnisse stark gehemmt werden, ist erklärlich und bedarf keiner weiteren Untersuchung.

In Berlin besteht ein zentraler „Kriegsaussschuß für Konsuminteressen“, der aus Vertretern aller Volkskreise zusammengesetzt ist. Neben Konsumvereinigern und Gewerkschaftern machen da die honorarigen Kreise soziale Kriegspolitik, besonders auf dem Gebiet der Lebensmittelversorgung. Welche praktischen Ergebnisse diese Arbeit bis jetzt hatte, wird sich kaum feststellen lassen, denn mit Vorschlägen allein, und wären es die besten, ist noch nichts erreicht. Er wäre allerdings dringend erwünscht, wenn dieser Ausschuß rücksichtslos und energisch gegen den herrschenden Lebensmittelwucher ankämpfen würde. In seiner letzten Sitzung Mitte Mai fand er es für nötig, sich gegen den Vorwurf zu wehren, daß er mittelstandsfeindlich sei, er wolle nur gegen die „Auswüchse“ des Geschäftslebens Front machen. Die Konsumvereine haben denselben Vorwurf mit der nötigen Ruhe ertragen, er brauchte auch diesen Kriegsaussschuß nicht nervös zu machen, fündemalen man sich unter Mittelstandsfeindlichkeit recht Verschiedenes vorstellen kann. Den Vorschlägen, die der Ausschuß auf jener Sitzung beschloß, stellte er den Grundsatz an die Spitze: „Sicherstellung auskömmlicher Menschenernährung zu erträglichen Preisen.“ Man darf annehmen, daß unter solchen Preisen die verstanden werden sollen, die für die Masse der Unbemittelten „erträglich“ sind. An diesen Grundsatz reißen sich dann durchaus zweckmäßige Einzelorderungen, denen weiter nichts fehlt als die Durchführung. Darauf zu dringen, wird die Hauptsache sein. Dem Berliner Ausschuß gehören eine Anzahl Unterausschüsse an, die sich in Großstädten verschiedener Bezirke des Reiches gebildet haben.

Der Konsumverein Leipzig-Plagwitz hat im ersten Geschäftshalbjahr 1914/15 einen Umsatz von reichlich 13 Millionen Mark zu verzeichnen. Das sind 626 000 Mark weniger als im Vorjahr. Die Zahl der Mitglieder hatte sich jedoch bis Ende Februar um etwa 6150 gesteigert. Bemerkenswert ist, daß in den großen Warenhäusern des Vereins der Umsatz im ersten Kriegsmonat um 40 bis 50 Prozent zurückging und sich erst in den späteren Monaten wieder hob. Die Sorge um den Lebensunterhalt war eben in der ersten Zeit so groß, daß alle anderen Bedürfnisse dahinter zurückgestellt wurden. — Die Generalversammlung des Vereins hat beschlossen, daß die Delegierten auf der nächsten Generalversammlung der Großeinkaufsgesellschaft für eine Gehaltsstaffel der Vorstandsmitglieder einzutreten haben, um dadurch den einzelnen Vereinen der Gesellschaft ein Mitbestimmungsrecht in dieser Frage einzuräumen. Jetzt beschließt der Aufsichtsrat allein. Bemängelt wurden die jetzigen Gehälter von 12 000 Mark. Dazu kommen noch erhebliche Spesen für Reisen.

Während im Jahre 1905 in den dänischen Städten nur erst 22 Konsumvereine bestanden, deren Zahl bis 1910 auf 44 anwuchs, zählt man jetzt 92 Vereine, von denen allein auf Kopenhagen 17 entfallen. Sowohl der Umsatz wie die Mitgliederzahl sind in den letzten Monaten gewaltig gestiegen; doch haben nicht nur die Auszahlung des Überschusses von 1914, die Preissteigerungen, die Kämpfe zwischen den kapitalistischen Ringen und den Genossenschaften, sondern vor allem auch das wachsende Verständnis für die wirtschaftliche Bedeutung der Konsumvereine für die Arbeiter dazu beigetragen. Die Kopenhagener Konsumvereine haben sich organisiert zum Zweck besseren Zusammenarbeitens. Von Bedeutung ist auch, daß in den Kopenhagener Vereinen die Verzählung völlig durchgeführt ist.

H. F.

## Notizenteil.

### Burgfrieden.

**Morgenrot.** Seit 20 Jahren erscheint in Elberfeld im Verlag Mollenbohr die Zeitschrift „Morgenrot“. Wie viele andere Zeitschriften stellte sie in den ersten Kriegsmontaten ihr Erscheinen ein, um erst in diesem Frühjahr wieder mit einem Fest vor ihren Leserkreis zu treten, in dem die Friedensfrage behandelt war. Das Fest wurde verboten, und am Samstag, den 22. Mai wurde der Redakteur der „Elberfelder Freien Presse“, Genosse Otto Niebuhr, der für die Zeitschrift „Morgenrot“ verantwortlich zeichnete, durch zwei Kriminalbeamte verhaftet. Die Verhaftung geschah mit der Begründung, es handle sich um eine neue Zeitschrift, die nicht genehmigt sei. Der Fall ist im Reichstag zur Sprache gekommen. Erst nach vierzehn Tagen wurde Genosse Niebuhr gegen eine Kaution von 5000 Mark aus der Haft entlassen.

An demselben Samstag wurde in den Räumen des Solinger Parteibüros und im Solinger Parteisekretariat nach Exemplaren des „Morgenrot“ gehäusucht, jedoch ohne Erfolg.

**Genosse Haase auf dem Index.** Der Vorsitzende unserer Reichstagsfraktion, Genosse Haase, sollte am Mittwoch, dem 9. Juni in

einer Mitgliederversammlung des sozialdemokratischen Vereins in Düsseldorf über „Vergangenheit und Zukunft der Sozialdemokratie“ reden. Obwohl die Anmeldebefcheinigung für die Versammlung — die früher soviel als die Erlaubnisbestätigung bedeutete — sich schon seit einigen Tagen in den Händen des Parteisekretärs befand, so wurde die Versammlung doch noch am Mittwochmittag verboten. Denselben Vortrag hatte Haase in Solingen gehalten.

In Bremen sollte Genosse Haase am 14. Juni in einer Mitgliederversammlung des sozialdemokratischen Vereins sprechen. Das stellvertretende Generalkommando in Altona versagte die Genehmigung.

### Für den Frieden.

**Internationale Konferenz für die Zukunftsinteressen der Menschheit.** Unter diesem etwas anspruchsvoll klingenden Titel fand am 28. und 29. Mai in Bern eine internationale Konferenz statt, die einer Verständigung unter den kriegführenden Völkern dienen sollte. Die Konferenz ist auf Einladung des Bundes zur Organisation des menschlichen Fortschritts zustande gekommen. Aus Deutschland waren anwesend der Reichstagsabgeordnete Vogtherr aus Dresden und der Vizepräsident der Deutschen Friedensgesellschaft Pfarrer Ulfried aus Stuttgart. Aus Frankreich war der Abgeordnete Hubbard gekommen, der als Offizier im Schützengraben liegt, aber Urlaub zum Besuch der Veranstaltung erhalten hatte. Außerdem waren Vertreter aus Holland, Italien, Rußland, Amerika und der Schweiz erschienen. Unter anderem nahm die Konferenz auch eine Entschlieung an gegen die Verbreitung des Blätterhasses durch Greuelberichte. Umano, der Präsident der Friedensgesellschaft in Rom, erklärte, daß das italienische Volk wider den Willen der großen Mehrheit von der Regierung in den Krieg gestürzt worden sei. Hubbard sprach sich leidenschaftlich für eine Verständigung der Völker aus. Die Konferenz beschloß die Schaffung einer ständigen Kommission mit dem Sitz in der Schweiz zur Vorbereitung der Wiederannäherung der feindlichen Nationen nach dem Kriege. Auch bei dieser Konferenz liegt wie bei dem Friedenskongreß der Frauen im Haag die Bedeutung weniger in den einzelnen Entschlieungen und Maßnahmen. Die Konferenz ist ein Beweis mehr, daß in allen Ländern die Völker anfangen, des Krieges satt zu sein und von selbst sich die versöhnende Hand entgegenzustrecken. Der Gang dieses blutigsten aller Kriege hat manchen Irrwahn geheilt, manchen Geist aufgerüttelt; man kommt aus dem Stadium eines ohnmächtigen Friedenswünschens heraus und sucht nach einer Möglichkeit des Handelns. Bei der innigen Verquickung des geistigen wie materiellen Lebens der Völker unserer Zeit ist der Kriegszustand auf die Dauer ein Wahnsinn. Die Regierungen, die jetzt die Hand zu einem ehelichen Frieden bieten, werden hüben wie drüben die Völker für sich haben.

**Die Friedenspetition der Kinder in den Vereinigten Staaten,** von der wir schon früher berichtet haben, ist am 25. Februar von zwölf kleinen Mädchen der Stadt Washington dem Staatssekretär für die ausländischen Angelegenheiten überreicht worden. Die Delegation wurde bei ihm von zwölf bekannten Frauenstimmrechtlerinnen eingeführt. Herr Bryan sagte bei dem Empfang: „Ich bin hoch erfreut, hier Friedenspetitionen von irgend jemand zu erhalten. Jedoch meine ich, daß sie von keinem besseren Teil der Bevölkerung kommen können, als von den Frauen und Kindern. Die Frauen müssen daheim die meisten Lasten des Krieges tragen und deshalb mühten sie bei der Regelung der Verhältnisse etwas zu sagen haben, die den Krieg verursachen oder ihn verhindern.“

### Arbeitslosigkeit der weiblichen Erwerbstätigen.

Auch im Monat April 1915 war für die weiblichen Erwerbstätigen die Lage auf dem Arbeitsmarkt ganz unbefriedigend. Bei den Arbeitsnachweisen hat sich zwar die Zahl der weiblichen Arbeitssuchenden von rund 144 000 im März auf 140 000 im April vermindert; da aber auch die offenen Stellen während dieser Zeit von rund 95 000 auf 85 000 zurückgegangen sind, so kamen im Berichtsmontat auf 100 offene Stellen 165 weibliche Arbeitssuchende gegen 152 im Vormonat und 94 im April 1914. Es ist somit im April eine merklliche Verschlechterung gegenüber beiden Vergleichszeiten eingetreten. Diese geringere Nachfrage nach weiblichen Arbeitskräften machte sich am meisten bemerkbar in der Textilindustrie, im Bekleidungs- und Reinigungsgewerbe, in der Papierindustrie, im graphischen Gewerbe, bei Fabrikarbeit, im Handelsgewerbe und in der Gruppe freie Berufsarten. Von den angeführten Bundesgebieten bietet das Königreich Sachsen am wenigsten Ver-

dienstmöglichkeiten. Dort kamen im Monat April 854 weibliche Arbeitsuchende auf 100 offene Stellen. Die nächsthöchsten Verhältniszahlen wurden im Herzogtum Braunschweig mit 292, in Elsaß-Lothringen mit 231, in Bayern mit 215 und in den thüringischen Staaten mit 199 festgestellt.

Die schlimmen Ergebnisse der Arbeitsnachweise werden durch die Erhebungen der Gewerkschaften bestätigt. Nach diesen Statistiken waren zu Ende April 1915 in 24 Organisationen von 140864 befragten weiblichen Mitgliedern insgesamt 12793 arbeitslos. Gegenüber dem Vormonat ist das eine Zunahme von 498 und gegenüber dem April 1914 gar eine von 9224 organisierten verdienstlosen Arbeiterinnen. Diese Steigerung, die während der Kriegszeit das erstmalige zutage tritt, ist auf die erhöhte Arbeitslosigkeit in der Hut- und der Textilindustrie zurückzuführen. Denn in beiden in Frage kommenden Gewerkschaften erhöhte sich die Zahl der weiblichen arbeitslosen Mitglieder von Ende März bis Ende April um 1177. Auf 100 weibliche Mitglieder berechnet, stellte sich die Arbeitslosenziffer im Berichtsmonat auf 9,1 gegen 8,3 im Vormonat und 1,7 im gleichen Monat des Vorjahres. Wenn man nur die Verbände mit größerer weiblicher Mitgliederzahl in Betracht zieht, so stellten im April 1915 die organisierten Hutarbeiterinnen prozentual die meisten Arbeitslosen. Von diesen waren zu Ende April 1915 gleich 86,1 Prozent ohne Beschäftigung. Dann folgten die Porzellanarbeiterinnen mit 22,9, die weiblichen Mitglieder des Holzarbeiterverbandes mit 17,8, die Buchbinderinnen mit 14,2, die Lederarbeiterinnen mit 12,0, die Metallarbeiterinnen mit 10,7, die Buch- und Steindruckereihilfsarbeiterinnen mit 9,2, die weiblichen Mitglieder des Schuhmacherverbandes mit 8,4 und die Textilarbeiterinnen mit 7,0 Prozent Arbeitslosen. Die niedrigsten Prozentsätze weiblicher Arbeitslosen wurden im Tabakarbeiterverband mit 1,5, im Transportarbeiterverband mit 2,1 und im Gemeindefacharbeiterverband mit 2,8 festgestellt. In allen berichtenden Gewerkschaften weisen die weiblichen Mitglieder eine erheblich höhere Arbeitslosenziffer auf als die männlichen. Zu wünschen wäre nur, daß nun endlich auch den weiblichen Erwerbstätigen wirksamere Hilfe zuteil wird, denn lange genug haben sie schon unter den verheerenden Wirkungen des Krieges leiden müssen. h.

### Sozialistische Frauenbewegung im Ausland.

**I. K. Die Arbeiterinnenbewegung Ungarns während des Kriegs.** Die proletarische Frauenbewegung Ungarns ist in der Form, wie sie heute existiert, noch ziemlich jung und hat erst vor wenigen Jahren begonnen, einen kräftigen Aufschwung zu nehmen. Gerade in der Zeit vor dem Kriegsausbruch zeigte sie eine Entwicklung, die zu den schönsten Hoffnungen berechtigte. Das gewaltige Völkerringen, in das Ungarn verwickelt ist, brachte plötzlich alles ins Stoden.

Die noch immer von Tag zu Tag zunehmende Teuerung bringt den Frauen der arbeitenden Klassen Sorgen und Not. Dazu kommen noch ungünstige Arbeitsverhältnisse. In einzelnen Betrieben wurde gleich nach Kriegsausbruch nur an 3 bis 4 Tagen der Woche gearbeitet, andere wurden sogar ganz geschlossen. Die gelernten Arbeiterinnen waren oft gezwungen, als Hilfskräfte in anderen Gewerben Beschäftigung zu suchen. Das aber nicht nur bei niederen Löhnen, sondern obendrein noch bei überlanger Arbeitszeit, denn die Schutzgesetze und Verordnungen, die diese regeln, sind zum Teil für die Dauer des Kriegs aufgehoben worden. Es gibt Betriebe, wo Frauen seit Monaten in Tag- und Nachtschichten ohne Sonntagsruhe arbeiten. Wohl ist der Verdienst zuweilen nicht schlecht, doch ist das Schaffen so anstrengend und intensiv, daß es zur äußersten Ausnützung und Erschöpfung der Arbeitskraft führt. An Stelle der eingerückten Männer sind häufig die Frauen getreten, freilich und leider nicht bei gleichem Lohn für gleiche Leistung. Der große Zubrang ungelerner Arbeiterinnen drückte noch die Löhne und trug zur Verschlechterung der Arbeitsbedingungen bei. Ebenso wirkte die Zerspaltung der Fachorganisationen und die Zwangslage der gelernten Arbeiterinnen, in anderen Branchen und Betrieben Beschäftigung anzunehmen, wo die Organisation noch nicht Fuß gefaßt hatte. Was Wunder angesichts solcher Verhältnisse, daß das Interesse der Frauen an der Bewegung in der ersten Zeit nach dem Kriegsbeginn zu erlahmen schien?

Allmählich machte sich das Wirken der Genossinnen wieder bemerkbar. Außer den bereits hervorgehobenen Schwierigkeiten begnugte es sich nicht mit weiteren. Das Verbot, Versammlungen abzuhalten, die durch die Zensur stark eingeschränkte Pressfreiheit schienen anfangs jede Organisationsarbeit unmöglich zu machen. Trotz allem ging man an diese Arbeit. Das Hauptaugenmerk mußte vor allem darauf gerichtet sein, das Organ der Arbeiterinnenbewegung zu er-

halten: „Nömünkás“ (Die Arbeiterin). Um dies zu ermöglichen, erscheint es seit Kriegsausbruch nur noch einmal anstatt zweimal im Monat. Die Genossinnen taten, was sie nur konnten, um es zu verbreiten. Die organisierten Frauen Preßburgs machten den Versuch, sich bei der Fürsorgeaktion für die Familien der Eingerückten zu betätigen. Allein die Stadtverwaltung hielt die Betätigung der Frauen daran für überflüssig und wies auch bürgerliche Damen gleicherweise ab, die sich gemeldet hatten. So beschränkten sich die Genossinnen darauf, eine selbständige Rechtschutzstelle zu schaffen, von der aus in engem Rahmen mit bescheidenen Mitteln in äußersten Notfällen Hilfe geboten wird, wo die öffentliche Wohlfahrtspflege versagt. Die unterstützungsbedürftigen Mitglieder unserer Organisationen erfahren noch besondere Fürsorge. Die Monatsversammlungen wurden, mit wenigen Ausnahmen, ziemlich regelmäßig abgehalten.

In Budapest veranstaltete das Landesorganisationskomitee in den Frühjahrsmonaten einen Vortragszyklus für die Frauen, der sich eines überaus guten Besuchs erfreute. Als erster sprach Genosse Bolányi über den „Einfluß des Kriegs auf die Frauen im allgemeinen“; dann folgte Genossin Timár mit einem Vortrag über den „Krieg und die wirtschaftliche Lage der Frau“; Genosse Varga referierte über „Krieg und Teuerung“; Genossin Buchinger behandelte das Thema „Fürsorge für die kommende Generation“; Genossin Buchinger erörterte „Krieg und Parteiprogramm“; zum Schluß sprach Genossin Grailich über den „Einfluß des Kriegs auf das geistige Leben der Frau“. Die Abhaltung einer Frauentagsgedenkfeier rief im ganzen Lande lebhaften Widerhall hervor. Das schöne Gelingen dieser Veranstaltung, sowohl in der Hauptstadt als auch in mehreren Provinzstädten, erbrachte den Beweis dafür, daß die Bewegung nur eines Anstoßes bedürfte, um zu neuem Leben zu erwachen. Die Frauentagsfeier bedeutet für die Arbeiterinnenbewegung Ungarns in diesem Kriegsjahr geradezu einen Wendepunkt. Der Frauentag war in Ungarn im vergangenen Jahre zum erstenmal gefeiert worden und sollte seine agitatorische Kraft erweisen. Diese hat sich auch heuer in der schwierigen Lage bewährt, die der Krieg geschaffen hat. Es ist das eine Tatsache, die die Genossinnen festhalten müssen im Hinblick auf die Zukunft, die die proletarischen Frauen zu der regsten und zielklarsten Betätigung ruft. E. G.

### Frauenstimmrecht.

**Die Einführung des politischen Frauenwahlrechts in Dänemark** ist am 5. Juni vom Folkething endgültig beschlossen worden, indem das Parlament zum drittenmal das neue Verfassungsgesetz genehmigte. Außer der politischen Gleichberechtigung des weiblichen Geschlechts bringt dieses noch andere bemerkenswerte Fortschritte zur Demokratisierung des Wahlrechts. Es hebt politische Vorrechte des Großgrundbesitzes auf, setzt die Altersgrenze für die Ausübung des Wahlrechts herab usw. Die dritte Zustimmung des Folkethings zur Verfassungsreform wurde am 5. Juni in ganz Dänemark gefeiert. In Kopenhagen veranstalteten die Frauen einen großen Umzug. Das Datum hat als politischer Feiertag geschichtliche Bedeutung. Am 5. Juni 1849 wurde die alte Verfassung gewährt. Das Gemeindefrauenwahlrecht besitzen bekanntlich die Däninnen schon seit Jahren.

**Die Frauenstimmen bei den letzten Gemeindefrauenwahlen in Chicago.** Zum erstenmal haben in Chicago die Frauen ihr Gemeindefrauenwahlrecht ausgeübt. Welchen Gebrauch haben sie davon gemacht? Auf diese Frage geben die nachstehenden Ziffern Auskunft. Es erhielten Stimmen:

	Von Männern	Von Frauen
Republikaner	246291	144640
Demokraten	162155	89154
Sozialisten	16013	7813
Prohibitionisten (Anhänger des gesetzlichen Verbots des Alkoholverkaufs)	1888	1702

Bei den zwei bürgerlichen Parteien machen die Frauenstimmen etwas mehr als 50 Prozent der Männerstimmen aus, bei den Sozialisten nicht ganz 40 Prozent. Fast gleich stark ist das Verhältnis von Frauen- und Männerstimmen bei den Prohibitionisten, die in Chicago eine nicht kleine Macht darstellen. Das Abstimmungsergebnis zeigt, daß es im allgemeinen und namentlich von den Sozialisten noch einer eifrigen politischen Erziehungsarbeit bedarf, um die Frauen an die Wahlurne zu führen. Diese Tatsache spricht nicht gegen, sondern für die Einführung des Frauenwahlrechts. Das Interesse für den Gebrauch, den besten Gebrauch eines Rechts kommt mit dem Besitz des Rechts.

Verantwortlich für die Redaktion: Frau Klara Zellin (Zindel), Wilhelmshöhe, Post Degerloch bei Stuttgart.

Druck und Verlag von J. G. W. Diez Nachf. G.m.b.H. in Stuttgart.